

Überhöhung des kirchlichen Amtes wirken. Er könnte sich als wichtiges Bindeglied zwischen Amt und Laien in der Kirche erweisen, wenn man seine Berufung nicht als heroisch-einsame Existenz emporstilisiert, sondern schlicht als Dienst an der Berufung aller verstünde. Andererseits sollte man auch nicht idealistisch an den realen Möglichkeiten dieses Amtes vorbei Erwartungen hegen.

Der Ständige Diakonat ist mit seiner Problematik weitgehend Abbild allgemeinkirchlicher Zustände. „Wirkliche und wünschenswerte neue pastorale Berufe, damit wirkliche Diakone, wird es in der Kirche wohl erst dann geben, wenn es neue Gemeinden und in ihnen ein erneuertes Priestertum gibt“ (Paul Zulehner, in: *Diakonia XP*, Heft 3, August 1983, S. 8). Klaus Nientiedt

## Chiles Kirche unter der Diktatur

### Unterdrückung und Armut haben zugenommen

*Im Frühsommer dieses Jahres hielt sich unsere Lateinamerika-Mitarbeiterin längere Zeit in Chile auf. Ihr Bericht, der sich vor allem auf die Rolle der Kirche als Anwalt der unter dem Militärregime verarmten, unterdrückten oder verdächtigten Bevölkerungsschichten konzentriert, zeigt, wie sehr unter dem Regime Augusto Pinochets eine der ältesten Demokratien Lateinamerikas politisch und wirtschaftlich verkommen ist. Trotz der schwierig gewordenen innen- und sozialpolitischen Lage hat es das Regime nach den fast regelmäßig ausbrechenden Unruhen immer wieder verstanden, die oppositionellen Kräfte gegeneinander auszuspielen und kleinzuhalten und in spektakulären Vorgängen in der Militärjunta selbst, wie jüngst beim Rücktritt des Carabinieri-Generals und Junta-Mitglieds Cesar Mendoza wegen krimineller Verwicklungen einer Gruppe von Polizisten, machtpolitisch durchzugreifen und damit das Regime nach innen und außen zu stabilisieren.*

Am 11. September 1985 ist General Augusto Pinochet zwölf Jahre im Amt. Angetreten, um Chile aus dem „Chaos“ des Allende-Regimes zu retten, errichtete er „für die Tage des Übergangs“ eine Militärdiktatur, die er mit den Jahren verbal zu einem „autoritären“, „geschützten“, „unpolitischen“ und „authentisch-demokratischen“ Herrschaftssystem verfeinerte. Diese zahlreichen Attribute haben aber nicht darüber hinwegtäuschen können, daß das Regime sich trotz gelegentlicher konjunktureller Aufweichungen am Rand und trotz gelegentlicher interner Zwi- stigkeiten in seinem Kern treu geblieben ist: eine „antikommunistische“ und zunehmend auf bloße Machterhaltung bedachte Diktatur ohne Parlament, Parteien, Pressefreiheit und unabhängige Rechtsprechung (vgl. HK, Oktober 1983, 452 ff.).

### Das Verhältnis Regime–Kirche

In diesen zwölf Jahren, die, gesamt kirchlich gesehen, mit der schwierigen zweiten, dem euphorischen Aufbruch folgenden Phase der Nachkonzilszeit zusammenfallen, beobachtete die katholische Kirche den „dornigen Weg der Nation“ (Kardinal Silva) mit großer Aufmerksamkeit und

Anteilnahme, gelegentlich auch mit bewußter Zurückhaltung. Die Bischöfe übernahmen die Verteidigung der Menschenrechte und profilierten sich mit ihrer kompromißlosen Haltung – darin der Kirche in Polen ähnlich – zu einer nichtstaatlichen, „nationalen“ Instanz.

Wie kaum ein anderer Episkopat der Weltkirche haben die chilenischen Bischöfe den – im teilweise laizistisch geprägten Chile nicht übermäßig großen – Einfluß der Kirche durch unermüdliches öffentliches Auftreten, durch eine Vielzahl öffentlicher Erklärungen und Hirtenbriefe geltend zu machen versucht. Der 1983 als Erzbischof von Santiago zurückgetretene Kardinal Raúl Silva Henríquez war die eigentliche, wenn auch nicht immer unumstrittene Führungsgestalt der chilenischen Kirche in diesen Jahren wie schon zur Regierungszeit der Unidad popular Allendes. Ihm ist neben einer Vielzahl anderer pastoraler Einrichtungen das Menschenrechtsbüro „Vikariat der Solidarität“, ein Stachel im Fleisch des Regimes, zu verdanken, das seither in fast allen Diözesen des Landes Nachahmung gefunden hat. Ihn zeichnete aus, daß er die Spannungen nach außen und innen aushalten, zum Teil auch ausgleichen konnte, daß er politisch unbeirrbar blieb und der Bevölkerung, vor allem dem einfachen Volk, auf eine seelsorgerisch-praktische und mit den Jahren tief solidarische Weise nahestand. Sein Verhältnis zum Militärregime war gleichbleibend schlecht.

Der Rücktritt Kardinal Silvas als Erzbischof von Santiago – den Vorsitz der Bischofskonferenz hatte er aus politischen Rücksichten schon 1975 abgegeben – fiel in die hoffnungsvolle Phase der „apertura“, der politischen Öffnung 1983/1984. Sie war vom Regime programmatisch verkündet worden, die verbotenen oppositionellen Parteien und die Gewerkschaftsbewegung begannen sich zu regen. Da verhängte General Pinochet unter dem Eindruck einer erstarkenden oppositionellen Volksbewegung, wie sie sich in den „Protesttagen“ am 11. jedes Monats manifestierte, am 6. November 1984 für drei Monate den *Belagerungszustand*, eine Verschärfung des ohnehin geltenden Ausnahmezustands. Nach zweimaliger Verlängerung wurde er am 19. Juni dieses Jahres überraschend wieder aufgehoben.

Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat verschlechterte sich mit der Ausrufung des Belagerungszustands wieder. Die Kirche mußte mitansehen, wie der Enttäuschung in der Bevölkerung über das abrupte Ende einer für viele greifbar nahen Öffnung des Regimes sechs Monate brutaler Unterdrückung durch die Sicherheitsorgane folgten, vergleichbar den ersten Jahren der Diktatur. Zudem litt die Bevölkerung unter der seit 1981 andauernden *schweren Wirtschaftskrise* und deren sozialen Folgeerscheinungen. Der staatlichen Repression und den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen hält das Volk moralisch nicht stand, konstatierte die Bischofskonferenz im Frühjahr 1985.

### Unterdrückung und zunehmende Verarmung

Beide Phänomene, die staatliche Unterdrückung und die zunehmende Verarmung der unteren und mittleren Bevölkerungsschichten, haben das *gesellschaftliche Klima* in Chile innerhalb eines Jahres verändert. Die wirtschaftliche Krise des Landes ist noch keineswegs behoben. Dies ist an den offiziellen Daten abzulesen und daran, wie zurückhaltend sie präsentiert werden. Mit 23 Prozent Arbeitslosen (25 Prozent im Großraum Santiago, wo mehr als die Hälfte der 10 Millionen Chilenen leben) hat Chile die *höchste Arbeitslosenrate Lateinamerikas*. In diesen Zahlen sind allerdings die „Angestellten“ der staatlichen Mindestbeschäftigungsprogramme PEM und POJH enthalten. Sie werden einige Stunden pro Tag zu Arbeiten wie Straßenkehren, Wegebau etc. herangezogen und verdienen je nach Familienstand 60,- bis 110,- DM im Monat. Sie können jederzeit von der Liste gestrichen werden und sind nicht sozialversichert. Zwar ist die Arbeitslosenrate im Vergleich zu 1983 um 2,7 Prozent gesunken, gleichzeitig erhöhte sich aber die Zahl der PEM/POJH-Beschäftigten beträchtlich.

Mit 5,5 Prozent Wachstum und 22 Prozent Inflation im Jahr 1984 schneidet Chile im lateinamerikanischen Vergleich gut ab, es muß jedoch 45,5 Prozent des Wertes seiner Gesamtexporte (1,5 Milliarden US-Dollar) an Schuldzinsen zahlen. Mit einer Auslandsverschuldung von 18,4 Milliarden \$ steht Chile an fünfter Stelle der lateinamerikanischen Länder, die Pro-Kopf-Verschuldung ist die höchste in Lateinamerika.

Die Grundzüge der *ultraliberalen chilenischen Wirtschaftspolitik*, ein (auch international) offener Markt mit „Selbstregelungsmechanismen“ und die fortschreitende Privatisierung nicht nur vormals staatlicher Wirtschaftsunternehmen, sondern auch von Bereichen wie dem Gesundheits- und Bildungswesen führen logischerweise und fast automatisch dazu, daß der Staat sich weitgehend aus der Verantwortung für das öffentliche Wohl zurückzieht. Der 1980 begonnene Prozeß der „municipalización“ überträgt den Kommunen weitreichende Kompetenzen und ist als – auch ökonomische – Entlastung der zentralen Staatsgewalt gedacht. Was in den Kommunen nicht rentabel funktioniert, wird verkauft oder aufgegeben. Erzie-

hung, Schulen, Krankenstationen sind zur Ware geworden in unserem System, klagen zuständige kirchliche Stellen im Land. So ist zu erklären, daß Privatleute Schulen gründen oder übernehmen können, um dort arbeitslose Lehrer zu einem Bruchteil ihres normalen Gehalts einzustellen.

Das für Lateinamerika lange Jahre vorbildliche *Gesundheitswesen* in Chile hat im Zuge der Einschränkung sozialer Leistungen in den letzten Jahren so rapide an Niveau verloren, daß in manchen Ambulanzen von Krankenhäusern auch der Großstädte gelegentlich fast nur noch mit Aspirin therapiert wird. Die Folgen einer solchen für ein Entwicklungsland zumindest höchst riskanten Politik sind zum Teil verheerend. In einigen spektakulären Fällen wie dem Bankrott großer chilenischer Unternehmen, die der ausländischen Konkurrenz auf dem chilenischen Markt nicht standhalten konnten, macht der Staat Stützungsversuche. (Auch hält sich hartnäckig das Gerücht, daß hinter den Gesellschaften, die ‚gesundgeschrumpfte‘ Unternehmen weiterführen, hohe Militärs und deren Verwandte stehen.)

### Die staatliche Einschüchterungstaktik zeigt Wirkung

Unter den Bedingungen des Ausnahmezustands war *die Kirche* in den vergangenen Jahren die einzige Institution, die die verfehlte Wirtschaftspolitik des Regimes offen kritisieren konnte. Sie hat dies mehrfach getan, wenn auch in weniger entschiedener Form als etwa in der Frage der Menschenrechte. Hunger, Arbeitslosigkeit und Gewalt als Folge eingeschränkter Grundfreiheiten haben zu unmenschlichen Lebensbedingungen in weiten Kreisen der Bevölkerung geführt, heißt es in dem Dokument „Evangelium, Ethik und Politik“ der Bischofskonferenz vom 16. Juli 1984.

In einer Erklärung vom Dezember 1983 bezeichnen *die Bischöfe* die Arbeitslosigkeit als Folge des „zügellosten Wirtschaftsliberalismus“, als „soziales Drama, das das seelische Gleichgewicht der betroffenen Familien zerstört und schädlich ist für die Entwicklung der Kinder“. Der führende christdemokratische Politiker *Radomiro Tomić* wird konkreter: „Kaum war das Erdbeben vom 4. März vorbei, stiegen die Preise für Holzbretter, wie sie zum Bau der Hütten verwendet werden, um 80 Prozent. Wir stehen kurz vor dem Winter und einhunderttausend Familien haben kein Dach über dem Kopf. Wie kann eine allmächtige Regierung unter Berufung auf das Gesetz von Angebot und Nachfrage solches zulassen? Wer in diesem elenden Regime verteidigt den Armen, dessen Kind an Lungenentzündung stirbt, weil das Spiel der freien Kräfte auf dem chilenischen Markt nicht gestört werden soll?“ (Aus einem Gespräch und den unter dem Belagerungszustand privat zirkulierenden Presseinformationen.)

Auch der chilenische Caritas-Chef *Baldo Santi*, der über gute Kontakte zur Regierung verfügt, machte kein Hehl daraus, daß das Regime für den Wiederaufbau nach dem

Erdbeben „so gut wie nichts leiste“, obwohl überall im Land Zuschüsse mit dem Hinweis, die Gelder würden für die Erdbebenopfer gebraucht, gekürzt werden.

Unter dem Eindruck nicht zu übersehender wirtschaftlicher Not hat die chilenische Kirche, das eine Bistum mehr, das andere weniger, in den Jahren der Krise Initiativen angeregt und gefördert, die – zwar immer im Rahmen der „*pastoral de conjunto*“, der ganzheitlichen Seelsorge – soziale Not stärker im Blick hatten. So gründete Kardinal Silva die „*academia de humanismo cristiano*“, in der aus staatlichen (und von militärischen Delegierten verwalteten katholischen) Universitäten entlassene Professoren arbeiten. Mit dieser Initiative wollte der Kardinal auch „geistiges Kapital“ retten und – wenn auch in begrenztem Umfang – der kulturell kurz gehaltenen Bevölkerung zugänglich machen. Die staatlichen Sicherheitsorgane erschwerten das Funktionieren der Akademie sehr. Unter dem Belagerungszustand trat sie kaum in Erscheinung.

Die *diözesanen Büros für Arbeiterpastoral* arbeiten darauf hin, daß sich die Arbeiter, deren Massenorganisationen nur noch als Restbestände existieren, zusammenschließen und im Rahmen des unter der Diktatur Möglichen ihre Interessen vertreten. Die im Unterschied zu früheren Jahren kaum nennenswerte Beteiligung an Aktionen und die geringe Präsenz der Arbeiter auf den Straßen am 1. Mai dieses Jahres hat gezeigt, daß die staatliche Einschüchterungspolitik und die Wirtschaftsmisere „wie eine Zange“ funktionieren: „Wir wollen nichts riskieren“, war die Devise. Die chilenische Arbeiterschaft erlebe eine schwere Krise, verursacht „von einem politischen Regime und einem Wirtschaftssystem, die dem chilenischen Volk mit Waffengewalt aufgedrängt wurden“, schrieb der Bischofsvikar für Arbeiterpastoral der Erzdiözese Santiago, *Alfonso Baeza*, in einem Aufruf zum 1. Mai. Aber es gebe auch zu viel Resignation und Passivität unter der Arbeiterschaft, die im Hinblick auf die Verantwortung für die Jugend und die Zukunft des Landes nicht zu rechtfertigen sei.

### „Spiele, aber es fehlt das Brot“

Unter den sozial schwachen Bevölkerungsschichten Chiles ist die Kirche heute, insgesamt gesehen, stärker präsent als früher. *Kirchlichkeit* im Sinne regelmäßiger religiöser Praxis ist dort allerdings kein Massenphänomen. Mancher Gemeindeverantwortliche ist froh, wenn zum Wortgottesdienst am Sonntag „so viele kommen, wie es Apostel gibt“. In vielen christlichen Gemeinden der *poblaciones*, der Armensiedlungen am Rand der Städte, aber auch in den armen ländlichen Gemeinden, wird die Einheit von Glauben und Leben jedoch konsequenter gepredigt und auch leichter verstanden als von den Gläubigen der Mittel- und Oberschicht. Da die chilenische Kirche seit Jahren das Entstehen von Basisgemeinden als Teilen der Großpfarrei landesweit systematisch fördert, hat die Seelsorge in den traditionell unterversorgten Randgebieten heute eine insgesamt stärkere personelle Basis und ist

nicht mehr allein auf die Spontaneität und Vitalität einzelner angewiesen. Diese Basisgemeinden haben Pastoralräte, die sich aus den Verantwortlichen für die verschiedenen pastoralen und sozialen Belange zusammensetzen.

Die Träger dieser *pastoralen Basisstruktur*, Ordensfrauen, Priester (wenige), Diakone und Laien, bewegen sich mit ihrer Arbeit ständig am Rande der in Sonderrechten zugunsten der Staatssicherheit definierten Legalität. Das Regime hält so ziemlich jede Form von Gemeinschaftsaktionen und Gruppenbildung für im Keim gefährlich und subversiv. Und das nicht zu Unrecht. Wo Frauen sich zu Nähgruppen zusammenschließen, um die zu teuren Schuluniformen für ihre Kinder zu nähen, wo gemeinsam gekocht wird, damit jede Familie eine Mahlzeit am Tag bekommt, wachsen Solidarität und politisches Bewußtsein. Die Kirche fördert als einzige anonyme Alkoholikergruppen in den *poblaciones*, eine Art Sisyphus-Unternehmen in einem Land, in dem der gute und in reichlichen Mengen vorhandene Wein heute billiger ist als Brot. „Für den Staat ist jeder Betrunkene ein politisch Unzufriedener weniger“, sagen nicht nur kirchliche Gesprächspartner.

Die Arbeitslosigkeit in den *poblaciones* liegt zwischen 50 und 75 Prozent. Zu dem tristen Anblick rauher Barackensiedlungen gehören heute die Gruppen von Männern und Jugendlichen, die den ganzen leeren Tag lang an den Ecken zu stehen scheinen. Von Priestern und Ordensschwestern, die in den *poblaciones* arbeiten, hört man immer wieder, mit der massiven Arbeitslosigkeit habe sich das Hoffnungspotential verringert, entsprechend wachse die Neigung zu den Fluchthelfern Alkohol und Marihuana. Unter den Kindern und Jugendlichen werde Klebstoff geschnüffelt bis zum Schwachsinn.

Mit *kleinen Arbeitsbeschaffungsprogrammen* am Ort versucht die Kirche, die Not zu lindern, vor allem die Jugendlichen aufzufangen. Das politische Engagement in der Jugend ist seit dem November 1984 deutlich zurückgegangen. Nicht nur aus Angst vor Repression, meinen Pastoralhelfer, sondern weil für viele Fußball, Flipper und Coca-Cola wichtiger geworden seien. Im chilenischen Fernsehen, das auch in vielen Armenbaracken flimmert (und – außer Fußball – eine Art adaptierter amerikanischer Cocktail-Welt präsentiert, variiert mit den Werbeauftritten seriöser chilenischer Herren, die Empfehlungen zu günstiger Geldanlage abgeben), bietet das Regime dem Volk Spiele, es fehle nur das Brot, sagte eine deutsche Ordensschwester, in deren Kindertagesstätte unterernährte Kleinkinder versorgt werden.

### Die „bevorzugten“ Opfer

Die Bewohner der *städtischen Randsiedlungen* – in Santiago weit über eine Million – waren beim Putsch 1973 die bevorzugten Opfer staatlicher Unterdrückung und sind es in den zwölf Jahren der Militärdiktatur geblieben. Viele „*poblaciones*“ waren unter Allende als „wilde Landnahmen“ entstanden, die meisten aber existierten schon. Un-

ter dem Militärregime hat es zahlreiche Versuche vor allem von „allegados“ (zugezogene Familien, die auf engstem Raum bei einer anderen Familie Aufnahme gefunden haben) gegeben, neues Terrain zu besetzen. Bis auf die Siedler der campamentos „Silva Henríquez“ und „Fresno“ wurden sie von Soldaten und carabineros vertrieben.

Unter dem Belagerungszustand häuften sich die *Razzien in den Armenvierteln*, und die Kommandos, bestehend aus Polizei, Soldaten und „Zivilen“, griffen härter zu. Aber auch in den Jahren 1983/1984 waren solche Suchaktionen, Verhaftungen und Entführungen, nicht selten mit tödlichem Ausgang, an der Tagesordnung. Vorübergehende Verhaftungen, Todesdrohungen, Verhöre mit Prügeln oder systematischer Folter haben einige Priester und Schwestern und zahlreiche kirchliche Laienhelfer aus den Armenvierteln am eigenen Leib erfahren.

Am Abend des 4. September 1984 wurde der französische Priester *André Jarlan* in der población „La victoria“ an seinem Schreibtisch sitzend von einer Kugel tödlich getroffen. Am gleichen 9. Protesttag starben bei Zusammenstößen mit der Polizei in diesem Viertel weitere neun Menschen. Wie üblich hatten die carabineros teils über die Demonstranten hinweg, teils in die Menge geschossen. Der Bischofsvikar der Südzone von Santiago, *Felipe Barriga*, sagte zu dem Tod des jungen Priesters: „André starb als poblador, als Bewohner des Armenviertels, so wie schon einige andere hier in La victoria umgekommen sind. Und diese Leute sehen im Schicksal des Priesters das Drama eines ganzen Volkes.“

Am 23. Dezember wurde der nordamerikanische Priester *Dennis O'Mara* verhaftet, weil er vor einer Kirche Weihnachtskarten verteilt hatte, die die Hoffnung auf „ein Weihnachten ohne Könige Herodes und ein neues Jahr ohne Folterer“ aussprachen. Er verbrachte Weihnachten im Gefängnis und wurde am 27. Dezember ausgewiesen.

Die Jesuitenzeitschrift „Mensaje“ (die wegen ihrer kleinen Auflage, ihres anspruchsvollen Niveaus und aus Propagandagründen bis zum Frühjahr dieses Jahres wenig von der Zensur behelligt wurde, dann aber vom Innenministerium verwarnt wurde) schrieb zu der Ausweisung des Priesters: „Sechs Jahre hingebungsvoller Arbeit unter den Ärmsten der Armen werden mit einem Federstrich ausgelöscht. Als ob der Wunsch, die Folter in Chile möge aufhören, eine Gefahr für den Frieden in Chile wäre! Mensaje protestiert öffentlich gegen diesen Mißbrauch der Staatsgewalt, der Kirche und Volk gleichermaßen verletzt.“

Am 25. März dieses Jahres wurden in Concepción zwei carabineros ermordet. Am 29. März wurden drei Männer, darunter *José Manuel Parada*, ein Mitarbeiter des Solidaritätsvikariats in Santiago, verschleppt und am nächsten Tag enthauptet aufgefunden. Am selben Tag wurden die zwei Söhne eines Pastoralhelfers in Santiago von Uniformierten erschossen. Der kürzlich zum Kardinal ernannte Erzbischof von Santiago, *Juan Francisco Fresno*, forderte die Aufklärung der Morde durch die Justiz; Anfang Au-

gust wurden 14 mutmaßlich beteiligte Polizisten festgenommen.

Das Regime Pinochet ist inzwischen so indiskutabel, daß darüber sogar der neue Kardinal zum Oppositionellen geworden ist. Kardinal Fresno, der Nachfolger Kardinal Silvas, galt von Haus aus als weniger regierungskritisch und war bei seinem Amtsantritt mit entsprechendem staatlichem Wohlwollen bedacht worden. Zehn Tage nach Verhängung des Belagerungszustands aber drohte der Erzbischof in einem Hirtenbrief: „Täuschen Sie sich nicht, ich will klug sein, aber nicht feige.“ In dem Hirtenbrief nannte er den Belagerungszustand einen „gewaltigen Rückschritt“ und kritisierte die Behandlung der Kirche durch die Regierungsbehörden.

### Wieder systematische Folterungen

Daß Polizei und Geheimdienst seit etwa 1980 bei Verhören wieder systematisch foltern, während Folterungen nach der Auflösung des berüchtigten Geheimdienstes DINA 1976 auf Übergriffe einzelner Sicherheitsorgane beschränkt blieben, wird in Chile von vielen als Symptom dafür gewertet, daß sich das Regime gefährdet und damit zu verstärkter Repression gezwungen fühlt. In der Opposition wie auch im kirchlichen Bereich wird aber auch die Meinung vertreten, daß das Regime – von Phasen politischer Unruhe in der Bevölkerung eher unabhängig – seinen Sicherheitsapparat als normales Mittel der Machterhaltung versteht und mit entsprechender Selbstverständlichkeit einsetzt. Die Kirche glaubt feststellen zu können, daß dieser inhumanisierende Gewöhnungseffekt allmählich auch in der breiten Bevölkerung, vor allem bei der in der Diktatur herangewachsenen Jugend, festzustellen ist. „Das ist das schlimmste: Wir verlieren ganz allmählich unsere Fähigkeit, das Leben zu achten, und konkret die Fähigkeit, bestürzt zu sein, wenn es mißachtet wird“ (Erklärung des Ständigen Rats der Bischofskonferenz vom 13. Juli 1984).

Das Ausmaß und die Wirkung staatlicher Repression sind in der Tat weniger mit dem Phänomen ständiger brutaler Unterdrückung durch die Sicherheitsorgane zu erklären, wie es im Ausland gelegentlich dargestellt wird. Der langjährige routinierte Wechsel von punktueller und genereller Einschüchterung der Bevölkerung, von verschärftem Durchgreifen (etwa bei Straßenprotesten) und lediglich demonstrativer Präsenz der Militärs hat eine *allgemeine Verunsicherung* bewirkt. Dagegen läuft die polizeiliche und gerichtliche Verfolgung der „Politischen“ in sozusagen geregelten Bahnen. Oppositionellen wird selten ein kurzer Prozeß gemacht. Die Mehrzahl der Fälle wird der Militärgerichtsbarkeit überstellt, und dort stoßen auch die Anwälte der Solidaritätsvikariate bald an ihre Grenzen.

Im Vorfeld der Anklage spielen die *zivilen Kontrollorgane* die entscheidende Rolle. Die teils institutionelle, meist aber personelle Verflechtung der Sicherheitsdienste ist im Laufe der Jahre immer dichter geworden. So arbeiten carabineros (die auch in Zivil eingesetzt werden) und das

CNI-Personal (des chilenischen Geheimdienstes) eng zusammen; aus der aufgelösten DINA ist ein (höchst gewinnbringender) privater Sicherheitsdienst hervorgegangen, den Privatleute, aber auch staatliche Stellen nutzen. So ist zu erklären, daß etwa von der schwerbewaffneten uniformierten Privatpolizei eines Bergwerks im Raum Concepción auf staatlichem Terrain ausländische Journalisten und deren chilenische Begleiter verhaftet und im Bergwerk von deren Chef in Zivil verhört werden, der seinerseits die Festnahme telefonisch dem Staatssicherheitsdienst CNI mitteilt und „die Verdächtigen“ nach der Abfassung eines Protokolls „freiläßt“.

### „Also notwendig, daß Terrorakte begangen werden“

Die Terroristenverfolgung ist in Chile ein heikles Thema, soweit es öffentlich diskutiert wird. Zweifellos existieren gewalttätige Extremistengruppen wie der militante Flügel des MIR, sie sind aber zahlenmäßig sehr gering. Nicht nur Anschläge auf Stromleitungen, sondern auch Morde an Sicherheitskräften gingen in den letzten Jahren auf ihr Konto. Aber in der Bevölkerung herrscht bei jeder Bombenexplosion *Unklarheit über den tatsächlichen Urheber* des terroristischen Anschlags, seitdem uniformierte und zivile Sicherheitsbeamte beim Legen der Bomben überrascht wurden. Die Zeitschrift „Mensaje“ machte in ihrer Januar/Februar-Ausgabe 1985 – also noch unter dem Belagerungszustand – auf den Widerspruch aufmerksam, daß das Regime, und zwar zu Recht, behauptete, es herrsche

Normalität im Lande, aber trotzdem den Belagerungszustand zu rechtfertigen suchte: „Es ist also notwendig, daß Terrorakte begangen werden ... Allerdings weiß aufgrund vieler objektiver Informationen und mangels öffentlicher Diskussion niemand genau zu sagen, wo der Terrorismus herkommt.“

Aber wie jede Diktatur reagiert auch das chilenische Regime auf taktische Widersprüche und solche der Vernunft unsensibel. Das Land mit 150jähriger demokratischer Tradition zeigt unter der zählebigen Diktatur Auflösungserscheinungen und eine ungesunde Distanz zu „gesellschaftlichen Übeln wie Arbeitslosigkeit und Folter“, konstatierten die Bischöfe in dem Dokument „Evangelium, Ethik und Politik“. Der einzige Weg aus der nationalen Krise führt nach Meinung der Bischöfe wie auch großer Teile der politischen Opposition nur über einen die ideologischen Differenzen ausklammernden „nationalen Konsens“.

Als der chilenische Innenminister Jarpa im November 1984 aus Protest gegen das Treffen chilenischer Bischöfe mit Exilanten in Rom zurücktrat, wurde deutlich, wie eng der Handlungsspielraum im Vorfeld einer nationalen Verständigung auch und gerade für die Kirche ist. Ende Juli lud Kardinal Fresno Vertreter der gemäßigten Opposition und der politischen Rechten, also Anhänger des Regimes, zu einer gemeinsamen Konferenz ein; Chile solle „durch konkrete Aktionen“ befriedet werden. Zum gleichen Zeitpunkt wurde *Rodolfo Quintilla*, Pastoralhelfer aus der Erzdiözese Fresnos, von Unbekannten entführt und gefoltert.

Gabriele Burchardt

## Ein Volk in Not

### Zur Lage in Ost-Timor

Eine der wesentlichen Ursachen für die portugiesische Revolution vom April 1974 war die verfehlte Kolonialpolitik des damaligen Salazar-Regimes. Es hatte – unter Überschätzung seiner Kräfte – die Unabhängigkeitsbestrebungen in den Übersee-Territorien Portugals mit äußerster militärischer Härte bekämpft und dabei das Land an den Rand des wirtschaftlichen Ruins getrieben. Die neuen demokratischen Regierungen bemühten sich nun, die *Kolonialfrage* so rasch wie möglich im Sinne der Betroffenen zu lösen, doch angesichts der wirtschaftlichen und militärischen Erschöpfung Portugals verloren sie bald die Kontrolle über die Entwicklung in den außereuropäischen Besitzungen. Einige Kolonien wurden überstürzt in die Unabhängigkeit entlassen, und in Angola mußte man gar hilflos zusehen, wie ein Bürgerkrieg ausbrach, in dem schließlich – mit sowjetischer und kubanischer Hilfe – die marxistische MPLA siegte.

In *Ost-Timor* stritten hauptsächlich zwei politische Gruppierungen um die zukünftige Vorherrschaft, die „Demo-

*kratische Union von Timor*“ und die „*Revolutionäre Front für die Unabhängigkeit Ost-Timors*“ (Fretilin). Erstere, von Katholiken der gehobenen sozialen Schichten getragen, plädierte anfänglich für die Autonomie der Region im Rahmen einer Föderation mit Portugal. Die Fretilin, deren politisches Spektrum von sozialdemokratisch orientierten Christen bis hin zu einer kleineren Gruppe national-gesinnter Marxisten reichte, forderte dagegen die bedingungslose Entlassung Ost-Timors in die *Unabhängigkeit*. Sie gewann damit unter der Bevölkerung schnell an Boden, so daß sich die Autonomie-Lösung schließlich als undurchführbar erwies.

In der Folgezeit fehlte es nicht an Versuchen beider Parteien, sich über die Zukunft Ost-Timors zu einigen, doch dies wurde durch die Aktivitäten des marxistischen Flügels der Fretilin erheblich erschwert. Eine Minderheit der DUT war sogar geneigt, den Anschluß an Indonesien zu suchen, um sich nicht an einer Regierung unter Einschluß von Marxisten beteiligen zu müssen, zumal Jakarta ohne-